

2. Strategische und konfliktorientierte Akteure in Irans politischer Elite

Die konträren Auslegungsmöglichkeiten der Verfassung haben in der politischen Elite Irans die Entstehung unterschiedlicher Fraktionen gefördert. Diese konkurrieren innerhalb des Systems um die Durchsetzung ihrer jeweiligen Vision zur Ausgestaltung der Islamischen Republik. Nach der revolutionären Anfangsphase des Regimes fanden die Lager der islamistischen Revolutionselite für mehr als zwei Jahrzehnte zu einer Form des „*fragmented*“ oder „*factionalized authoritarianism*“¹ zusammen. Solange sich keine Fraktion vollständig gegen die andere durchsetzen konnte, garantierte diese prekäre Balance dem System Stabilität und begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. Die autoritäre Regression des letzten Jahrzehnts hat dieses Gleichgewicht jedoch gestört. Zugleich haben die Spannungen innerhalb der Elite neue Gelegenheiten der Herausforderung eröffnet und die Formierung konfliktorientierter Gruppierungen gefördert.

Die Fraktionierung der politischen Elite wurde seit dem Ende der 1990er Jahre durch den Aufstieg der zweiten Politikergeneration nach der Revolution vorangetrieben. Innerhalb der Elite bestehen erhebliche Differenzen hinsichtlich der Ausgestaltung des verfassungsrechtlichen Gerüsts, vor allem mit Blick auf die absolute Autorität des Revolutionsführers und den Stellenwert demokratischer Partizipation. Weitere Unterscheidungslinien bilden sich entlang der Vorstellungen zu Wirtschafts- und Außenpolitik sowie zu kulturellen und sozialen Freiheiten. Arjomand zählt außerdem die ideologische Legitimierung von Gewalt zu den Unterscheidungskriterien.² Nicht zuletzt werden die fraktionellen Konflikte natürlich von indi-

1 Keshavarzian, Arang: „Contestation without Democracy: Elite Fragmentation in Iran“, in: Posusney, Marsha Pripstein /Angrist, Michele Penner (Hg.), *Authoritarianism in the Middle East. Regimes and Resistance*, Boulder: Lynne Rienner Publ. 2005, S. 63-88; Chehabi: *The Political*, S. 62.

2 Arjomand: *After Khomeini*, S. 9.

viduellen und ökonomischen Interessen, dem Streben nach Macht, Prestige und staatlichen Ressourcen bestimmt.

Auf den ersten Blick scheint die grundsätzliche Anerkennung der Islamischen Republik durch alle relevanten Akteure eine Identifizierung strategischer und konfliktorientierter Gruppen zu erschweren. Hierbei ist zu beachten, dass in Iran bestimmte Diskurs- und Handlungsparameter gelten, innerhalb derer eine Teilhabe am politischen Prozess überhaupt möglich ist.³ Bezeichnend ist die Tatsache, dass die häufig verwendete Grenze zwischen „Eigenen“ (*khodi*) und „Nicht-Eigenen“ (*gheir-e khodi*), die innerhalb der Revolutionselite diejenigen, die dem System und seinen religiös-ideologischen Grundwerten Treue wahren von denen, die mittlerweile als Gegner desselben gelten, trennen soll, in den letzten Jahren immer enger gezogen wurde.⁴ Hieran zeigt sich, dass es bei den innerelitären Auseinandersetzungen tatsächlich um grundlegende Fragen der politischen Ordnung geht und der Ausgang von Fraktionskonflikten den Charakter des politischen Systems im Ganzen prägen kann. Insofern wird zu zeigen sein, dass innerhalb der prinzipiell systemtreuen Elite durchaus konfliktorientierte Akteure auszumachen sind, die sich gegen existierende Macht- und Verhältnisse wenden und zu Wegbereitern eines politischen Wandels werden können.

IM ZENTRUM DER MACHT: DER REVOLUTIONSFÜHRER

Allein durch seine verfassungsgemäßen Befugnisse muss der Revolutionsführer als entscheidender strategischer Akteur innerhalb des iranischen Regimes eingestuft werden. Darüber hinaus ist es dem derzeitigen Amtsträger Ali Khamenei im Laufe zweier Jahrzehnte gelungen, über den Aufbau eigenständiger Netzwerke der Patronage und politischen Einflussnahme zusätzliche Machtfülle in seinen Händen zu konzentrieren. Die Anpassung an Kräfteverschiebungen innerhalb der politischen Elite sowie der von ihm protegierte Aufstieg ultrakonservativer Akteure aus Revolutionsgarden und Sicherheitsdiensten hat Khamenei eine unabhängige Machtbasis verschafft und seine Stellung an der Spitze des Regimes gefestigt. Der über siebzigjährige Geistliche hat sein Amt sowohl für den Systemerhalt als auch die Realisierung persönlicher Herrschaftsinteressen genutzt und damit der Funktion des *vali-ye faqih* im Institutionsgefüge der Islamischen Republik eine eigene Auslegung gege-

3 Reissner, Johannes: „Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen antikolonialer Modernität“, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2008.

4 Kermani, Navid: Die Revolution der Kinder, München: C.H. Beck Verlag 2001. S. 166f.; Perthes, Volker: Iran - eine politische Herausforderung, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008. S. 49.

ben. Der iranische Regimekritiker Akbar Ganji bezeichnet Khamenei in Anlehnung an Max Weber als „*Latter-Day Sultan*“; unbestreitbar verleihen außerkonstitutionelle Privilegien, Zugriff auf staatliche Ressourcen, extensive Patronagenetzwerke und ein direkt kontrollierter Repressionsapparat dem heutigen Revolutionsführer Züge eines neopatrimonialen Herrschers.⁵ Obwohl Khamenei nie das Charisma Khomeinis gewonnen hat, bezieht er doch beträchtliche Ausstrahlung aus der Omnipräsenz seines Amtes und dem weiten Netzwerk von Abgesandten aus dem „Haus des Führers“ (*beyt-e rahbari*). Kritik am Revolutionsführer ist ein starkes Tabu und wird mit gerichtlicher Verfolgung bedroht. Die Anhänger Khameneis unter den *Bassij* haben sich wiederholt bereit gezeigt, sein Ansehen auch mit Gewalt zu verteidigen.

Im offiziellen Diskurs der Islamischen Republik setzte Khamenei nach seiner Ernennung im Jahr 1989 eigene Akzente und bewahrte dominierende Themen der Revolutionsideologie: soziale Gerechtigkeit auf Basis islamischer Werte, Unabhängigkeit und Souveränität des Landes sowie Misstrauen gegenüber imperialistischen Mächten. Den Anfang der 1990er Jahre propagierten Begriff der „kulturellen Invasion des Westens“ (*tahajjom-e farhangi-ye gharb*) entwickelte Khamenei weiter und warnte beständig vor Versuchen des Westens, geführt von den USA, durch massive Verbreitung der eigenen Kultur und moralische Korruption der iranischen Bevölkerung den Sturz der Islamischen Republik herbeizuführen. Auch die Versuche, das iranische Atomprogramm zu kontrollieren, sind für den Revolutionsführer Ausdruck des amerikanischen Strebens nach Errichtung einer „globalen Diktatur“.⁶ Auf diese Art grenzte Khamenei sich von den liberaleren Diskursen der Rafsanjani- und Khatami-Administrationen ab und präsentierte sich als Bewahrer der Islamischen Revolution. So erschloss er sich Zugang zu einer eigenen Anhängerschaft unter *Pasdaran* und *Bassij*.

Nach dem Scheitern der Reformregierung erschien die Macht des Revolutionsführers gefestigter denn je. In den Präsidentschaftswahlen 2005 unterlag Khameneis langjähriger Rivale Rafsanjani dem von ihm favorisierten Ahmadinehad. An der Spitze der Exekutive stand fortan ein Mann, der für wirtschaftliche Nivellierung und eine konfrontative Außenpolitik eintrat – eine Agenda, die den Anschauungen Khameneis entsprach. Der Politikstil des hitzköpfigen Präsidenten begünstigte eine Verlagerung grundlegender Entscheidungen in die höheren Etagen des Regimes, etwa den Nationalen Sicherheitsrat, den Feststellungsrat oder den neu gegründeten Rat für Außenpolitik, die alle direkt mit Khameneis Büro zusammenarbeiteten. Die Legislative wurde ebenfalls von Günstlingen des Revolutionsführers kontrolliert.

5 Arjomand: After Khomeini; Ganji: *Latter-Day Sultan*.

6 Sadjadpour, Karim: „Reading Khamenei: The Worldview of Iran’s Most Powerful Leader“, Washington: Carnegie Endowment For International Peace 2008.

Mit Khameneis Unterstützung hatten auch die Revolutionsgarden an Macht gewonnen und teilten mit dem Revolutionsführer grundlegende strategische Interessen.

Mit Befürwortung der Wahlmanipulation im Juni 2009 und der nachfolgenden Repressionen gegen die Protestbewegung traf Khamenei eine Entscheidung mit schwerwiegenden Folgen für seine Position, das Amt des *vali-ye faqih* und das gesamte politische System. Indem der Revolutionsführer eindeutig Partei bezog, nahm er seinem Amt den letzten Anschein von Neutralität und enthüllte die tatsächliche Machtstruktur des Systems. Dem iranischen Politikwissenschaftler Hossein Bashiriyyeh zufolge gab sich Khamenei als eigentlicher Architekt des Machtgewinns der Ultrakonservativen zu erkennen, deren Aufstieg er in den Jahren zuvor als Alternative zu Reform und Liberalisierung protegiert hatte.⁷ Der Revolutionsführer warf somit die ungleiche Balance zwischen republikanisch und religiös fundierten Institutionen im politischen System aus dem Gleichgewicht und riskierte die zweifellos schwerste Legitimationskrise der Islamischen Republik in den dreißig Jahren ihres Bestehens. Die Verhaftungen und Schauprozesse gegen prominente Reformpolitiker sowie Angriffe von Ultrakonservativen auf kritische Vertreter der alten Führungsriege spalteten die postrevolutionäre Elite. Der Revolutionsführer lehnte Vermittlungsversuche ab und forderte im Januar 2010 alle politischen Akteure auf, eindeutig Position zu beziehen.⁸ Damit stellte sich Khamenei klar an die Spitze eines offenkundig autoritären und auf Repression basierenden Staates.

MILITARISIERUNG DES SYSTEMS? DIE REVOLUTIONSGARDEN

Spätestens mit der Wahlkrise 2009 traten die Revolutionsgarden offen auf der politischen Bühne Irans in Erscheinung. Tatsächlich aber liegt der Aufstieg der früheren Freiwilligenarmee aus dem Iran-Irakkrieg zu einem einflussreichen strategischen Akteur innerhalb des iranischen Regimes weiter zurück. Ursprünglich zum Schutz des Revolutionsregimes und als Gegengewicht zur regulären Armee gebildet, spielte die direkt dem Revolutionsführer unterstehende *Sepah-e Pasdaran* eine wichtige Rolle im achtjährigen Krieg gegen den Irak. Im Zuge des langjährigen Konflikts wurde die Organisation in Gestalt einer klassischen Armee mit Land-, Luft- und Seestreitkräften ausgebaut. Ihren in der Verfassung verankerten Auftrag zum Schutz der Revolution haben die *Pasdaran* jedoch immer auch auf das Landesinne-

7 Postel, Danny: „Counter-Revolution and Revolt in Iran: An Interview with Iranian Political Scientist Hossein Bashiriyyeh“, in: *Logos* 8 (2) (2009).

8 „Warnung Ayatollah Khameneis vor zweideutigen Standpunkten in der Elite“, BBC Persian vom 19.01.2010.

re bezogen. Mit der Unterdrückung rivalisierender bewaffneter Revolutionäre und separatistischer ethnischer Minderheiten trugen sie nach 1979 zur Festigung des neuen Regimes bei. Über den Aufbau eines eigenen Sicherheitsdienstes haben sie sich als paralleler Überwachungs- und Repressionsapparat etabliert.⁹

Der wirtschaftliche Einfluss der Revolutionsgarden stieg nach dem Krieg. Vom damaligen Präsidenten Rafsanjani ausdrücklich ermuntert, beteiligte sich die Organisation aktiv am Wiederaufbau.¹⁰ Ihre Ressourcen und Expertise machten Unterabteilungen der Revolutionsgarden zu zentralen Auftragnehmern bei Projekten in Industrie, Infrastruktur, Ölförderung und Bergbau.¹¹ Unter Ahmadinezhad konnten diese wirtschaftlichen Netzwerke weiter ausgebaut werden. Firmen aus dem Umfeld der *Pasdarán* bekamen Regierungsaufträge zugesprochen oder erhielten unter dem Vorzeichen der Privatisierung Anteile an staatlichen Unternehmen. Da aus dem Nuklearstreit resultierende Sanktionen die Kooperation mit westlichen Firmen erschwerten, konnten die Revolutionsgarden vermehrt in den Ausbau des lukrativen Öl- und Gassektors einsteigen. Das wirtschaftliche Potential der Organisation beruht auf einer Monopolstellung, die Vorteile gegenüber Konkurrenten aus dem Privatsektor und Ausland sichert. Fehlende Transparenz und außenpolitische Isolation stärken diese Position, da sie eine Ausdehnung formaler und verdeckter Geschäftsbeziehungen ermöglichen. Um ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, zeigte sich die Organisation sogar bereit, militärisches Drohpotential einzusetzen.¹²

9 Wehrey, Frederic et al.: „The Rise of the Pasdarán. Assessing the Domestic Roles of Iran’s Islamic Revolutionary Guards Corps“, Washington: Rand National Defense Research Institute 2009; Sazegara, Mohsen: „What was once a Revolutionary Guard is Now Just a Mafia“, in: Gozaar. A Journal on Democracy and Human Rights in Iran vom 27.05.2007.

10 Mit der Beteiligung der Revolutionsgarden an Wirtschaft und Wiederaufbau sollte nicht nur das Potential der Organisation genutzt werden, sondern auch politische Ambitionen eines kollektiven Akteurs mit hoher ideologischer Motivation und organisatorischer Geschlossenheit unterbunden werden. Kriegsheimkehrer der *Pasdarán* sollten beschäftigt werden, um mit Arbeits- und Perspektivlosigkeit von Militärangehörigen einhergehende soziale Probleme zu verhindern. Arjomand: After Khomeini, S. 58ff.; International Crisis Group: „Iran: Ahmadi-Nejad’s Tumultuous Presidency“, Teheran/Brüssel 2007, S. 12f.

11 Wehrey: The Rise, S. 55ff.

12 Im Mai 2004 schloss eine Abteilung der *Pasdarán* überraschend den von der Regierung Khatami eröffneten neuen Flughafen der Hauptstadt, um den Ausschluss einer türkischen Betreiberfirma zu erzwingen, angeblich weil diese eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellte. Tatsächlich schienen die Revolutionsgarden ihren Zugriff auf einen zentralen Verkehrs- und Transportknotenpunkt sichern zu wollen. Ehteshami, Anoushiravan/

Natürlich erzeugten derartige Aktivitäten auch erhöhtes Interesse an politischem Einfluss. Die enge Verflechtung mit der ultrakonservativen Politikerfraktion stärkte die strategische Bedeutung der Revolutionsgarden innerhalb des Regimes. Im Herbst 2007 leitete der neue Befehlshaber Mohammad Ali Jafari eine Umstrukturierung ein, welche die zentrale Rolle der Revolutionsgarden bei der Abwehr interner Bedrohungen unterstrich. Hierzu zählte Jafari die Gefahr eines „sanften Umsturzes“, bei dem regimekritische Akteure mit externer Unterstützung das Regime nach dem Vorbild osteuropäischer Systemwechsel stürzen könnten. Die Ankündigung der US-Regierung, einen Demokratiefonds zur Förderung der iranischen Zivilgesellschaft einzurichten, lieferte eine willkommene Untermauerung dieser Argumentation. Frauenrechtlerinnen, Journalisten oder Akademiker mit Kontakt zu westlichen Universitäten galten demnach als „fünfte Kolonne“ und waren verstärkt Repressionen ausgesetzt. Jafari führte außerdem die Revolutionsgarden und die *Bassij*-Miliz unter einer einheitlichen Kommandostruktur zusammen und bildete Einheiten zur Kontrolle von Aufruhr und Protesten.¹³

Das Ausmaß dieser Vorbereitungen und die politischen Ambitionen der Allianz zwischen Ultrakonservativen und Revolutionsgarden traten nach den Präsidentschaftswahlen 2009 mit Niederschlagung der Protestbewegung deutlich zu Tage. Laut eigenem Bekunden übernahm die Führung der *Pasdaran* kurz nach der Wahl die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit.¹⁴ Im neuen Regierungskabinetts besetzten ehemalige Kommandeure der *Pasdaran* unter anderen das Informations-, Verteidigungs- und Innenministerium. Auch innerhalb der Organisation rückten notorische Hardliner auf entscheidende Posten.¹⁵ Dieses Vorgehen wurde teilweise als mehr oder weniger verdeckter Putsch und fortschreitende „Militarisierung“ des iranischen Regimes diskutiert.¹⁶ Von einer konzertierten Machtübernahme durch eine militärische Organisation kann indes nicht die Rede sein. Vielmehr dürfte es sich bei der Wahlkrise 2009 um den Versuch einer Hardliner-Fraktion in der Führung

Zweiri, Mahjoob: *Iran and the Rise of its Neoconservatives. The Politics of Tehran's Silent Revolution*, London/New York: I.B. Tauris 2007. S. 83.

- 13 Alfoneh, Ali: „What Do Structural Changes in the Revolutionary Guards Mean?“, Washington: American Enterprise Institute for Public Policy Research 2008; Azimi, Negar: „Hard Realities of Soft Power“, in: *New York Times Magazine* vom 24.07.2007; Farhi, Farideh: „Iran's ‚Security Outlook‘“, in: *Middle East Report Online* vom 09.07.2007.
- 14 „*Pasdaran*: Nach den Wahlen lag die Gesamtverantwortung für zwei Monate bei den Revolutionsgarden“, *BBC Persian* vom 04.10.2009.
- 15 „Khamenei's New Appointments to IRGC Show Hardliner Takeover“, *Inside Iran* vom 05.10.2009.
- 16 Hen-Tov, Elliot/Gonzalez, Nathan: „The Militarization of Post-Khomeini Iran: Praetorianism 2.0“, in: *The Washington Quarterly* 34 (1) (2010), S. 45-59.

der Revolutionsgarden handeln, gemeinsam mit strategischen Partnern aus der klerikalen und politischen Elite eine autokratische Herrschaftsvorstellung durchzusetzen. Diese Allianz hatte Vorteile für alle Beteiligten: Während die Revolutionsgarden ihr Repressionspotential der Machtelite um Khomeini zur Verfügung stellten, erhielten sie im Gegenzug politisches Mitspracherecht und Protektion für die Realisierung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Ansari charakterisiert die Islamische Republik nach der Wahlkrise dementsprechend nicht als Militärstaat, sondern als „*security state*“, der die Dominanz dieser Herrschaftskoalition strategischer Gruppierungen über Macht und Ressourcen sichern soll.¹⁷

PRINZIPIENTREUE UND AUTORITARISMUS: DIE KONSERVATIVEN

Wichtige strategische Akteure, die für einen Erhalt des derzeitigen Systems und dessen autoritäre Ausrichtung eintreten, finden sich im breit gefächerten Lager der Konservativen. Eine wesentliche ideologische Gemeinsamkeit aller Gruppierungen dieses Lagers ist das Festhalten an einer starken Position des Revolutionsführers und einer eingeschränkten Partizipation der Bevölkerung am politischen Prozess. Diese in Iran allgemein zur politischen Rechten gezählte Orientierung wurde ursprünglich von zwei Gruppen dominiert: dem rechtskonservativen Flügel des revolutionären Klerus und politisierten Vereinigungen der traditionellen Handelsbourgeoisie, die beide unmittelbar am Widerstand gegen den Schah beteiligt gewesen waren. Sie bildeten die klassische Allianz zwischen Klerus und Basar, die in der iranischen Geschichte wiederholt politischen Einfluss geltend machte.¹⁸

Nach Beendigung des Iran-Irakkriegs und dem Tode Khomeinis besetzten Vertreter der traditionellen Rechten Schlüsselinstitutionen des Regimes. Als der damalige Präsident Rafsanjani ab Mitte der 1990er Jahre auf die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit einer vorsichtigen kulturellen und politischen Öffnung

17 Ansari, Ali M.: „The Revolution Will Be Mercantitized“, in: *The National Interest* (February) (2010).

18 Es handelt sich um die „Gesellschaft der kämpfenden Geistlichkeit“ (*Jameh-ye ruhaniyat-e mobarez*) und die „Vereinigung der Islamischen Koalition“ (*Jamiat-e motalefeh-ye eslami*, hier *Motalefeh*). Zur Bedeutung der Kategorien Links und Rechts in Irans Politik vgl. Zarifinia, Hamid Reza: *Autopsie der politischen Fraktionen Irans* (Kalbodshkafi jeh-nah-haye siyasi-ye Iran), Teheran: Entesharat-e Azadi Andishe 1999, S. 33ff. Außerdem: Keshavarzian, Arang: *Bazaar and State in Iran: The Politics of the Tehran Marketplace*, New York: Cambridge University Press 2007; Naficy, Mehdi: *Klerus, Basar und die iranische Revolution*, Hamburg: Deutsches Orient Institut 1993.

reagierte, handelte er dem autoritären Politikverständnis der Rechtstraditionalisten zuwider. Die moderne Mittelschicht sowie der wirtschaftliche Bedeutungsverlust des Basars stellten zudem den sozialen und ökonomischen Rückhalt dieser Fraktion in Frage. In den Folgejahren mussten die traditionellen Konservativen Einfluss an pragmatische und reformorientierte Politiker hinter Rafsanjani und dessen Nachfolger Khatami abgeben. Die stärkste Konkurrenz der traditionellen Rechten erwuchs ihr jedoch im eigenen Rücken.

Aufstieg einer neuen Generation

In Reaktion auf die Wahlerfolge der Reformfraktion hinter Khatami drängten unter den Konservativen jüngere und zweitrangige Akteure auf eine Änderung von politischer Botschaft und Strategie. Bei den Kommunalwahlen 2003 versuchten sie als „Kultivierer des islamischen Iran“ (*Abadgaran-e Iran-e eslami*), das Verlangen der Bevölkerung nach wirtschaftlicher Entwicklung anzusprechen und ideologisch aufgeladene Slogans zu vermeiden.¹⁹ Bei den Legislativwahlen im folgenden Jahr profitierten die *Abadgaran* von der massiven Disqualifizierung der Reformer durch den Wächterratt. Konservative Abgeordnete konnten mit knapp 200 Sitzen die Mehrheit des Parlaments besetzen und bildeten die Koalition der „Prinzipientreuen“.²⁰

Somit machte eine politische Tendenz auf sich aufmerksam, deren Vertreter lange im Schatten der traditionellen Konservativen agiert hatten. Ihre Ursprünge gingen auf die frühen 1990er Jahre zurück, als die Islamische Republik nach Revolution und Krieg den Wiederaufbau und die Konsolidierung des Systems bewältigen musste. Die Kriegsrückkehrer aus *Bassij* und Revolutionsgarden wurden nach den langen Jahren an der Front mit einer veränderten gesellschaftlichen Realität konfrontiert. Hatte ihr Engagement im Krieg nicht nur eine zeitweilige Aufrechterhaltung revolutionärer Utopien wie Hingabe, Gleichheit und Einheit in sich getragen, sondern auch das Versprechen auf soziale Anerkennung, so fanden sie in der eher pragmatisch denn ideologisch agierenden Administration Rafsanjanis nicht die er-

19 Khosrokhavar, Farhad: „The New Conservatives Take a Turn“, in: Middle East Report 233 (2004); Naji: Ahmadinejad, S. 48f.; Ehteshami/Zweiri: Iran and the Rise, S. 36.

20 Abgeleitet von der persischen Wortschöpfung *Osulgarai*, „nach Prinzipien strebend“, in diesem Falle ist eine Rückkehr zu den (ideologischen) Prinzipien der Revolution gemeint. So bezeichnen sich seit den Parlamentswahlen 2004 die verschiedenen Vertreter des konservativen Lagers, um sich einerseits von den Reformern (*Eslahtaleban*) abzugrenzen und andererseits den negativ belegten Begriff Konservative (*Mohafezekaran*) zu vermeiden.

warteten Aufstiegschancen.²¹ Die Bevölkerung war der Agitation der Revolutions- und Kriegsjahre überdrüssig und verlangte nach einer Normalisierung des Alltags. Die aus diesem Gegensatz resultierende Frustration der Kriegsheimkehrer wurde von den traditionellen Konservativen zur Festigung der eigenen Stellung instrumentalisiert. Kleine gewaltbereite Gruppierungen konnten gezielt zu Repressionen gegen Studenten und Intellektuelle sowie bei der Durchsetzung strikter Moralvorschriften in der Öffentlichkeit eingesetzt werden. Andere dieser Hardliner bildeten politische Gruppierungen, die mit den Parlamentswahlen 2004 in die erste Reihe drängten.

Die Ultrakonservativen und ihre rechtstraditionellen Mentoren einte die Abwehr der liberalen Vorstellungen und Forderungen der modernen Mittelklasse, die unter Rafsanjani und Khatami Freiraum erhalten hatten. Für sie stand der durch Rafsanjani selbst so offensichtlich verkörperte Materialismus im deutlichen Gegensatz zu den Werten und Idealen der Revolution. Khatami und die Reformer hingegen schienen mit ihrem Fokus auf soziale Freiheit und politische Partizipation das eigentliche Fundament der Islamischen Republik, die Vorherrschaft der Religion, untergraben zu wollen. War beiden Flügeln der Konservativen kulturelle Rigidität und das Beharren auf einer starken Führungsrolle des *vali-ye faqih* gemeinsam, so unterschieden sie sich völlig in Bezug auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund. Während die Rechtstraditionalisten ihre Wurzeln im alteingesessenen Klerus und der Bourgeoisie des Basars hatten, stammten die Ultrakonservativen meist aus der religiös geprägten unteren Mittelschicht, den Migranten vom Lande und dem Arbeitsmilieu. Mit dem Aufstieg der Ultrakonservativen traten die Unterschiede zwischen den ungleichen Flügeln des konservativen Lagers deutlicher zu Tage.

Ein radikaler Prinzipientreuer als Präsident

Nach Marginalisierung der Reformer schafften es die konservativen Gruppierungen zu den Präsidentschaftswahlen 2005 nicht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Trotz langwieriger Verhandlungen gingen letztlich drei Prinzipientreue ins Rennen, von denen ausgerechnet der unscheinbarste und zugleich radikalste in die zweite Runde einzog und sich in einer spektakulären – in Iran bis dato einmaligen – Stichwahl gegen das politische Schwergewicht Rafsanjani durchsetzte: Mahmud Ahmadinezhad, der frühere Bürgermeister Teherans. Nach der Wahl wurde schnell deutlich, dass Ahmadinezhad von einer Mobilisierung der Bassij zu seinen Gunsten profitiert hatte. Auch die Führung der Revolutionsgarden signalisierte Un-

21 Qowchani, Mohammad: Weiße Kragen. Soziologie ziviler Institutionen im heutigen Iran (Yaqeh sefid-ha. Jamehshenasi nehad-haye madani dar Iran-e emruz), Teheran: Entesharat-e Naqsh-o-Negar 2001, S. 139.

terstützung. In Folge fanden ultrakonservative Akteure mit Hintergrund in Revolutionsgarden und Sicherheitsdiensten Zugang zu den staatlichen Institutionen.²²

Die neue Regierung und ihre Unterstützer machten über eine konfrontative Außenpolitik die strategischen Ambitionen Irans innerhalb der Region deutlich und festigten damit auch ihre Stellung innerhalb des Regimes. Vor allem der Konflikt um das iranische Atomprogramm bot Nährboden für eine nationalistische Rhetorik, die hartnäckig auf die Unabhängigkeit und internationale Anerkennung der Islamischen Republik pochte. Der zunehmende Druck des Westens gab zugleich Vorwand für ein Vorgehen gegen innenpolitische Kritiker. Auf wirtschaftlicher Ebene weitete die Regierung Ahmadinezhad den Einfluss des Staates wieder erheblich aus, um sich die Kontrolle über entscheidende Ressourcen zu sichern. Eine populistische Verteilungspolitik sollte Unterstützung in der Bevölkerung schaffen. Wichtigster Gegner der Ultrakonservativen blieb Rafsanjani, dessen wirtschaftliche und politische Netzwerke sie als Hindernis für eine weitere Ausdehnung ihrer Macht betrachteten. Ahmadinezhads Tiraden gegen „Mafia und Korruption“ richteten sich vor allem gegen das Umfeld des Ex-Präsidenten und hatten im Grunde eine Umverteilung von Macht und ökonomischen Ressourcen zum Ziel.

Durch eine demonstrativ simple Religiosität grenzte sich Ahmadinezhad von der traditionellen Geistlichkeit ab und fand damit Anklang in der einfachen Bevölkerung. Wiederholt geriet der Präsident wegen unbedarfter Äußerungen zum Islam oder seiner angeblichen Beziehung zum verborgenen zwölften Imam mit den traditionellen Ayatollahs in Konflikt.²³ Die Ultrakonservativen schrieben dem Klerus in der Politik weniger Bedeutung zu. Unter Berufung auf die revolutionäre Ideologie befürworteten sie ein autoritär geführtes System, an dessen Spitze der Revolutionsführer die Rolle einer religiösen Legitimationsinstanz einnahm. Wahlen hatten dieser Vorstellung gemäß allein die Funktion, die Bevölkerung für eine öffentliche Zustimmung zum Regime zu mobilisieren.

Mit Übernahme der Exekutive dominierten die Ultrakonservativen wesentliche Institutionen des Staates. Umfangreiche Personalwechsel in den Ministerien und im diplomatischen Dienst schufen neue Loyalitäten. Der in den ersten Jahren der Ahmadinezhad-Regierung deutlich gestiegene Ölpreis sorgte für zusätzliche Einnahmen, die gezielt zum Ausbau der Macht eingesetzt wurden. Im Inland setzte der ausgedehnte Sicherheitsapparat eine umfassende Kontrolle zivilgesellschaftlicher Aktivitäten durch. Mit den *Bassij* verfügte die Regierung über eine große Anzahl an ideologisch geprägten Freiwilligen, die zu verschiedenen Zwecken mobilisiert werden konnten. Schließlich fanden sich Parteigänger dieser Fraktion auch in der Leitung der einflussreichen staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt sowie den gro-

22 Zu den Wahlen 2005 und ihren Folgen vgl. Naji: Ahmadinejad, S. 72ff.

23 Ebd. S. 91ff.

ßen Tageszeitungen. Die Allianz mit der klerikalen Elite in Wächterrät und anderen Schlüsselbastionen des Regimes sorgte für zusätzliche Protektion.

Risse im rechten Lager

Dennoch erwies sich Ahmadinezhad keinesfalls als Favorit aller Prinzipientreuen. Mit der Platzierung enger Weggefährten auf wichtigen Posten der Administration und politischen Alleingängen provozierte der Präsident Unbehagen im konservativen Lager. Wenig positives Echo fanden auch seine außenpolitischen Eskapaden, etwa die Abhaltung einer internationalen Konferenz von Holocaust-Leugnern oder die Verbindung zu Venezuelas linkspopulistischem Präsidenten Hugo Chavez. Die Wirtschaftspolitik Ahmadinezhads, der mit abrupten Eingriffen in Börse und Banken sowie umfangreichen Geldgeschenken aus dem Ölfond die Inflation in die Höhe trieb, sorgte ebenfalls für heftige Kritik.²⁴

Infolgedessen entstand eine gemäßigte Fraktion von Prinzipientreuen, die sich in Politikstil und ideologischer Motivation von den Hardlinern unterschied. Als Gegenpol zur Regierung gewann sie in den Legislativwahlen 2008 eine Mehrheit der Parlamentsitze.²⁵ Der neue Parlamentspräsident, Ali Larijani, nutzte den Majles für eine intensive Auseinandersetzung mit der Regierung. Larijanis Rivalität mit dem Präsidenten unterstrich den Klassenkonflikt, der sich durch das prinzipientreue Lager zog. Wie Ahmadinezhad gehörte auch er zur zweiten Generation der Revolutionselite und war der Autorität des Revolutionsführers treu, doch im Gegensatz zum Handwerkersohn Ahmadinezhad stammte Larijani aus einer angesehenen Klerikerfamilie. Ebenso wie seine Brüder hat Larijani dem Regime in hochrangigen Funktionen gedient. Gemäß Poschs treffender Charakterisierung zählt er zu einer Art „revolutionärer Aristokratie“, die allein aufgrund ihrer Herkunft für eine politische Karriere in der Islamischen Republik qualifiziert ist und kaum Interesse an einer grundlegenden Systemänderung hegen kann – unabhängig davon, ob diese nun durch Reformen erfolgt oder aber den Machtgewinn reaktionärer Konkurrenten.²⁶

24 International Crisis Group: Tumultuous Presidency; Naji: Ahmadinejad, S. 207ff.; Ehsani, Kaveh: „Survival Through Dispossession: Privatization of Public Goods in the Islamic Republic“, in: Middle East Report 250 (2009).

25 Michaelsen, Marcus: „Sieg ohne Erfolg? Ahmadinejads schwierige politische Zukunft. Zu den Parlamentswahlen im Iran vom 14. März 2008“, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2008; Sanandaji, Kaveh-Cyrus: „The Eighth Majles Elections in the Islamic Republic of Iran: A Division in Conservative Ranks and the Politics of Moderation“, in: Iranian Studies 42 (4) (2009), S. 621-48.

26 Posch, Walter: „Only personal? The Larijani Crisis Revisited“, Durham University/ Center for Iranian Studies: Policy Brief Nr. 3 2007, S. 4.

Die Präsidentschaftswahlen 2009 waren für die Ultrakonservativen eine entscheidende Etappe für die Realisierung ihrer Vorstellung von einem autoritär geführten Regime mit islamistischer Fassade. Dazu mussten die Reformer endgültig aus der politischen Landschaft verbannt sowie der Einfluss Rafsanjanis und der traditionellen Elite eingedämmt werden. Wesentliche Voraussetzung war ein erneuter Sieg von Ahmadinezhad, der den Zugang zur Administration und wichtigen wirtschaftlichen Ressourcen eröffnete. Trotz der beeindruckenden Wahlkampagne des Herausforderers Mussavi und der wachsenden Begeisterung in der Bevölkerung schienen die Ultrakonservativen ihren Kandidaten um jeden Preis durchsetzen zu wollen. Die Konsequenzen der umfangreichen Wahlmanipulation nahmen sie in Kauf, hatten sich aber in Bezug auf die heftige Reaktion der Wähler ganz offensichtlich verkalkuliert.²⁷

Die Wahlkrise und deren Folgen vertieften die Risse im konservativen Lager. Nach der erfolgreichen Eindämmung der Protestbewegung scheute Ahmadinezhad selbst den Konflikt mit Khamenei nicht mehr, etwa wenn es um die Besetzung wichtiger Kabinettsposten ging. Aus dem Umfeld des Präsidenten wurde die Vision eines nationalistischen Staates propagiert, in dem der Klerus nur noch eine zweit-rangige Rolle spielte. Dies stellte eine deutliche Herausforderung an das System dar und in Folge erging es Ahmadinezhad wenig anders als seinem Vorgänger Khatami: der Revolutionsführer und die klerikale Machtelite schränkten den Einflussbereich des Präsidenten immer weiter ein.²⁸ Insofern handelte es sich bei den Rivalitäten innerhalb des konservativen Lagers um grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des Systems. Innerhalb der strategischen Gruppen wirkten die gemäßigten Prinzipientreuen korrigierend auf die schwerer kontrollierbaren Hardliner hinter Ahmadinezhad. Handlungslegitimität und -ressourcen bezogen sie dabei aus der Treue zu System und Revolutionsführer, der breiten Präsenz in verschiedenen staatlichen Institutionen und einer engen Verflechtung mit der traditionellen klerikalen Elite. Der Ablauf der Auseinandersetzungen innerhalb des konservativen Lagers bleibt von entscheidender Bedeutung für den Systemerhalt und könnte zukünftig konfliktbereiten Akteuren wieder notwendige Handlungsspielräume eröffnen.

27 Bahavar, Emad: „The Destination was to begin the journey“, Blog Pedestrian vom 10.03.2010.

28 Abdo, Geneive: „Rooting for Khamenei“, Foreign Policy – The Middle East Channel vom 10.05.2011.

DER PRAGMATISCHE PATE: RAFSANJANI

Als der siebzigjährige Hashemi Rafsanjani 2005 erneut für die Präsidentschaftswahlen kandidierte, hatte er längst wie kein anderer Politiker den Entwicklungsweg der Islamischen Republik geprägt. Rafsanjani war nach der Revolution als enger Berater Khomeinis an allen grundlegenden Entscheidungen beteiligt, sei es die Gründung der „Partei der Islamischen Republik“, über die der politische Klerus in der Anfangsphase des Regimes seine Macht festigte oder neun Jahre später den Beschluss zur Beendigung des Iran-Irakkriegs. Nach Khomeinis Tod war es Rafsanjani, der im Expertenrat den damaligen Präsidenten Khamenei gegenüber der konservativen Geistlichkeit als neuen Revolutionsführer durchsetzte und damit in einem der kritischsten Momente des Systems die Nachfolge des Staatsgründers klärte. In seiner Zeit als Regierungschef (1989-1997) gelang es dem pragmatischen Rafsanjani, das Land nach Revolution und Krieg aus der wirtschaftlichen Krise zu holen und wieder näher an die internationale Gemeinschaft zu führen.²⁹

Mit seinem Einsatz für den Erhalt des Systems ist der Machtpolitiker Rafsanjani zweifellos ein wichtiger strategischer Akteur innerhalb der Regimeelite. Zugleich wurde er immer wieder von beiden Seiten des politischen Spektrums heftig kritisiert. Ende der 1990er Jahre deckte die Reformpresse Rafsanjanis Mitwisserschaft an einer Mordserie gegen Regimekritiker auf und verhinderte seine Wiederwahl ins Parlament. Die öffentliche Wahrnehmung des „Paten“ als mächtiger Drahtzieher und gewiefter Geschäftsmann (zu der die Reformpresse beigetragen hatte) ermöglichte dem unbekanntem Ahmadinezhad, sich als Außenseiter im Kampf gegen ein korruptes System darzustellen und in der Stichwahl zur Präsidentschaft 2005 einen überraschenden Sieg über das Schwergewicht der iranischen Politik zu erringen.³⁰ Für jeden anderen Politiker im Alter Rafsanjanis hätte diese spektakuläre Niederlage wohl einen Rückzug ins Privatleben bedeutet. Als Vorsitzender des Feststellungsrats wurde er jedoch zu einem scharfen Kritiker der Regierung Ahmadinezhad. Im Gegenzug drohten ultrakonservative Medien, die „mafiosen“ Strukturen seines Umfelds zu enthüllen. Im Mai 2007 verhaftete das Informationsministerium mit dem ehemaligen Atomunterhändler Hossein Mussavian einen engen Mitarbeiter Rafsanjanis und warf ihm Spionage und Geheimnisverrat vor.³¹

29 Zu Rafsanjani vgl. u. a.: Ansari: Iran, Islam; Moin, Baqer: Khomeini. Life of the Ayatollah, London/New York: I.B. Tauris 1999, Kapitel 4 und 5; Steinbach, Udo: „Ali Akbar Haschemi Rafsandschani“, in: Orient 38 (2) (1997), S. 211-23.

30 „Vergleichende Analyse der politischen Kommunikation vor den Wahlen“, Sharq (Internetausgabe) vom 03.09.2005; Naji: Ahmadinejad, Kapitel 2.

31 „Iran: Ex-President Hashemi-Rafsanjani Draws Right-Wing Ire“, RFE/RL vom 08.02.2007; „Duell auf höchster Ebene des Systems“, Rooz vom 29.11.2007.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Ultrakonservativen und dem Umfeld Rafsanjanis verdeutlichten die Spaltungen in der politischen Elite. Hier stießen zwei Gruppierungen mit unterschiedlicher politischer Sozialisation und Weltsicht aufeinander. Innerhalb des Staatsapparats verdrängten die hauptsächlich durch Krieg und Sicherheitsdienste geprägten Parteigänger Ahmadinezhads erfahrene Diplomaten, Funktionäre und Technokraten, die unter Rafsanjani und Khatami in der Administration aufgestiegen waren. Die populistische Verteilungspolitik, mit der die neue Regierung die Unterstützung der unteren Bevölkerungsschichten zu gewinnen suchte, widersprach Wirtschaftsplänen, die diese Experten als langfristige Entwicklungsperspektiven ausgearbeitet hatten. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, Handelsanktionen und der ausländische Investitionen hemmende Konflikt um das Nuklearprogramm untergruben den Privatsektor, der eine zentrale Basis der Pragmatikerfraktion bildete.

Die politische Tendenz der Pragmatiker und Technokraten hatte bereits 1996, im Vorfeld der Parlamentswahlen, mit den „Dienstleistenden des Wiederaufbaus“ (*Kargozaran-e Sazandegi*) eine eigene Partei gegründet. In den Präsidentschaftswahlen 1997 unterstützte die Partei den reformorientierten Khatami und erhielt dafür wichtige Ministerposten in dessen erstem Kabinett. Über auflagenstarke und beliebte Tageszeitungen nahmen die *Kargozaran* Einfluss auf die öffentliche Meinung.³² Im Gegenzug waren führende Köpfe der Partei Zielscheibe politischer Prozesse, mit denen die Konservativen gegen die Regierung Khatami vorgingen.³³ Gegen Ende der Amtszeit Khatamis plädierten die Pragmatiker für eine Beruhigung der Grabenkämpfe zwischen Reformern und Konservativen, die ihrer Ansicht nach sowohl dem Ansehen des Systems in der Bevölkerung als auch seiner Leistungsfähigkeit schadeten. Der damalige Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Hassan Rowhani, eine der Leitfiguren dieser Gruppierung, konstatierte in einer nüchternen Bilanz, dass das Regime unweigerlich in eine existenzgefährdende Legitimationskrise gerate, wenn es nicht seine wirtschaftliche und administrative Performanz verbessere.³⁴

Nach dem Amtsantritt von Ahmadinezhad waren Rafsanjani und die Pragmatiker Teil der breiten Front gemäßiger Kräfte, die sich gegen den Machtgewinn der Ultrakonservativen stellten. Neben Khatami und Karrubi wurde Rafsanjani zu einer

32 Qowchani: Kragen, S. 86 ff.

33 Vgl. den Prozess gegen den Teheraner Bürgermeister Gholam-Hossein Karbaschi und die Absetzung des Kulturministers Ataollah Mohajerani durch das konservative Parlament. Beide zählten zu den Gründungsmitgliedern der *Kargozaran*. Moslem: Factional Politics, S. 152f.

34 Rowhani, Hassan: „An Introduction to Legitimacy and Efficiency. Speech in the Meeting of Friday Prayer’s Imams“, Webseite des Center for Strategic Research Teheran, 2003.

Führungsfigur des moderaten Lagers. Mit Ausbruch der Wahlkrise im Juni 2009 richteten sich daher aller Augen erwartungsvoll auf den Mann, der noch immer als „Nummer Zwei“ des Systems galt. Zu Rafsanjanis Auftritt anlässlich des Freitagsgebets an der Universität Teheran erschienen neben den beiden unterlegenen Reformkandidaten auch zehntausende ihrer Anhänger, um erneut gegen die Wahlfälschung zu protestieren. In einer Predigt, die sein ganzes politisches Talent zeigte, forderte Rafsanjani eine allseitige Anerkennung der Gesetze, die Freilassung der Inhaftierten sowie eine offene Debatte, um das Vertrauen der Bevölkerung in das System wiederherzustellen.³⁵ In der Folgezeit musste Rafsanjani jedoch erheblichen Einflussverlust hinnehmen. Er verlor seine Posten als Freitagsprediger und Vorsitzender des Expertenrats, seine Familie wurde sowohl juristisch als auch durch Belästigungen von Schlägertrupps unter Druck gesetzt. Letztlich war Rafsanjani gezwungen, sich der Autorität des Revolutionsführers unterzuordnen. Andere Vertreter der Pragmatikerfraktion gingen ins Ausland, wo sie teilweise Kontakte zu Thinktanks und politischen Kreisen aufbauten.³⁶ Politische Expertise, profunde Kenntnis des Regimes und wirtschaftliche Ressourcen bleiben gleichwohl Faktoren, die das strategische Gewicht von Rafsanjani und seinem Umfeld innerhalb der politischen Elite bestimmen.

KONFLIKTBEREIT IM SYSTEM: DIE REFORMER

Mit dem überraschenden Sieg des ehemaligen Kulturministers Mohammad Khatami zu den Präsidentschaftswahlen 1997 kehrte eine Fraktion auf die politische Bühne Irans zurück, die ursprünglich den radikalen und ideologischen Flügel der islamistischen Revolutionäre gebildet hatte. Diese linken Islamisten konnten sich nach Gründung der Islamischen Republik mit Khomeinis Unterstützung gegen andere Fraktionen durchsetzen. Während des Krieges kontrollierten sie sowohl Parlament als auch Regierung und verfolgten eine Politik strikter Austerität und starker staatlicher Kontrolle. Nach dem Tode Khomeinis wurden die Linksislamisten jedoch durch die traditionellen Konservativen nach und nach aus allen staatlichen Institutionen verdrängt.³⁷ Während einer mehrjährigen politischen Abstinenz vollzog sich in ihren Reihen ein allmähliches Umdenken und sie rückten von den Utopien der Revolutionszeit ab. Als Präsidentschaftskandidat stellte Khatami die Fortführung des Programms zur wirtschaftlichen Modernisierung von Amtsvorgänger Rafsanja-

35 Arjomand: *After Khomeini*, S. 186.

36 „Wikileaks, Rafsanjani, and Reading between the Lines“, Tehran Bureau vom 05.12.2010.

37 Mortaji, Hojat: *Politische Fraktionen im heutigen Iran (Jenah-haye siyasi dar Iran-e-emruz)*, Teheran: Entesharat-e Naqsh-o-Negar 1998, S. 19.

ni in Aussicht, seinen Schwerpunkt legte er allerdings auf das Versprechen von politischen Reformen. Indem er soziale Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation zusicherte, sprach er ein breites gesellschaftliches Bedürfnis nach Veränderung an.

Aufstieg und Niedergang der Reformregierung

Neben reformbereitem Klerus und Pragmatikern zählte auch eine jüngere Generation linksislamistischer Revolutionäre zu Khatamis Unterstützern. Ihnen war in der ersten Hälfte der 1990er durch die Vorherrschaft der Konservativen ein Aufstieg innerhalb des Systems verwehrt. Zum Ausweichen ins akademische Milieu gezwungen, setzten sie sich kritisch mit den gesellschaftlichen und politischen Zuständen der Rafsanjaniära auseinander. Mangels Möglichkeiten politischer Einflussnahme verbreiteten diese religiösen Intellektuellen ihre Ansichten über ausgewählte Zeitschriften, die ein Ferment für die lebendige Presselandschaft in den ersten Jahren von Khatamis Amtszeit bildeten.³⁸ Zugleich entwickelten sie das eigentliche Programm der politischen Reformbewegung mit Forderungen nach Pluralismus, Demokratisierung und Entwicklung der Zivilgesellschaft. Ende 1998 gab eine Gruppe von Politikern, Studenten und Intellektuellen mit Gründung der „Partizipationsfront“ (*Jebhe-ye Mosharekat*) diesen progressiven Reformideen organisatorische Gestalt.

Trotz wiederholter Vertrauensvoten der Bevölkerung gelang es den Reformern nicht, die beachtlichen Stimmgewinne in den Wahlen in politische Gestaltungsmacht umzusetzen. Von Beginn an war die Regierung Khatami mit dem Widerstand des konservativen Lagers konfrontiert, das seine Kontrolle über entscheidende Institutionen im Machtgefüge der Islamischen Republik wirkungsvoll nutzte. Die Judikative setzte die Reformbewegung mit politisch motivierten Prozessen sowie Inhaftierungen von prominenten Vordenkern und Journalisten unter Druck. Zahllose Zeitungsverbote schränkten die kurzzeitig aufblühende Öffentlichkeit wieder ein. Selbst vor politischer Gewalt schreckten die Reformgegner nicht zurück: Im März 2000 wurde der Chefstrategie der Reformer, Said Hajjarian, Opfer eines Attentats durch Mitglieder der *Bassij*, das er nur mit lebenslanger Behinderung überlebte. Das Vorgehen der Konservativen provozierte auf Seiten der Reformbewegung deutlich schärfere Positionen.³⁹ Aktivisten wie Abbas Abdi und Akbar Ganji hielten ei-

38 Farhi, Farideh: „Improvising in Public. Transgressive Politics of the Reform Press in Postrevolutionary Iran“, in: Nabavi, Negin (Hg.), *Intellectual Trends in Twentieth-Century Iran: A Critical Survey*, Gainesville: University Press of Florida 2003, S. 147-79.

39 Jalaeipour, Hamidreza: „Religious Intellectuals and Political Action in the Reform Movement“, in: Nabavi, Negin (Hg.), *Intellectual Trends in Twentieth-Century Iran: A*

nen Wandel im Rahmen der Institutionen nicht mehr für möglich und traten für konstitutionelle Änderungen ein. Forderungen nach individuellen und politischen Freiheiten, einem Mehrparteiensystem sowie der Trennung von Religion und Politik wurden lauter. Ganz klar wurden damit sowohl die Toleranzgrenzen des Regimes als auch die Ambitionen von Präsident Khatami überschritten.

Mit den Reformern in der Exekutive und der Legislative trat das Dilemma der doppelten Herrschaftslegitimation im politischen System Irans mit aller Deutlichkeit zu Tage. Einerseits zogen der Revolutionsführer und die konservative Machtelite in den religiösen Leitungsgremien alle notwendigen Vollmachten aus der Verfassung, um Initiativen der Reformregierung immer wieder aufs Neue zu torpedieren. Andererseits beharrten Khatami und seine Anhänger auf den republikanischen Aspekten der Verfassung und suchten ihre Agenda innerhalb der gewählten Institutionen durchzusetzen. Je länger die somit entstehende Blockade im System währte, desto offensichtlicher wurde das Ungleichgewicht zwischen beiden Parteien. Als moderater Kleriker und Vertreter der Revolutionselite scheute Khatami letzten Endes vor den „roten Linien“ des Regimes zurück und wagte es nicht, allein auf die Zustimmung des Volkes bauend eine direkte Konfrontation mit dem Revolutionsführer zu suchen. Durch fortwährende Kompromissbereitschaft gegenüber den Konservativen zog er die Glaubwürdigkeit seiner demokratischen Ambitionen in Zweifel. Auf diese Art verspielten die politischen Reformer ihr stärkstes Konfliktpotential – den Rückhalt in der Gesellschaft. Sie hatten während ihrer Zeit in der Regierung kaum daran gearbeitet, die massive Unterstützung für die Reformagenda in irgendeiner Form zu organisieren und allein auf eine ihnen wohlgesonnene öffentliche Meinung gebaut. Mit ihrer Zurückhaltung bei der Verteidigung von Forderungen der Studenten- und Frauenbewegung entfremdeten die politischen Reformer zwei zentrale soziale Kräfte, die entscheidend zu ihren Wahlsiegen beigetragen hatten. Der Mangel an strukturellem Rückhalt in der Gesellschaft erwies sich als größter Schwachpunkt des Reformlagers. Mit steigender Resignation der Bevölkerung schwand auch die Mobilisierungsfähigkeit der Reformer und damit ihre Kapazität, politischen Druck auszuüben und den Angriffen der Gegner zu widerstehen.⁴⁰

Critical Survey, Gainesville: University Press of Florida 2003, S. 136-46. Für einen umfassenden Überblick über die Aktionen gegen die Reformregierung vgl. außerdem: Jalaeipour, Hamidreza: Der verdeckte Staat. Soziologische Analyse der Hindernisse der Reformbewegung (Dowlat-e penhan. Barresi-ye jamehshenakhti avamel-e tahdidkonandeh-ye jonbesh-e eslahat), Teheran: Tarh-e now 2000.

40 Kian-Thiébaud, Azadeh: La République islamique d’Iran: de la maison du Guide à la raison d’État, Paris: Éditions Michalon 2005, S. 43ff.

Neuorientierung und Opposition

Der Sieg eines ultrakonservativen Kandidaten in den Präsidentschaftswahlen 2005 verwies das Reformlager endgültig auf die Oppositionsbank. Der frühere Parlamentspräsident Mehdi Karrubi war in der ersten Wahlrunde nur knapp auf dem dritten Platz hinter Ahmadinezhad gelandet und hatte in einem couragierten Brief an den Revolutionsführer dessen Sohn und führende Offiziere der *Pasdaran* der Wahlfälschung bezichtigt. Khamenei wies die Vorwürfe mit einer impliziten Drohung zurück, woraufhin Karrubi von seinen Ämtern als Berater des Revolutionsführers und Mitglied des Feststellungsrats zurücktrat. Zugleich distanzierte er sich von den übrigen Reformern, die ihn kaum unterstützt hatten und gründete eine eigene Partei *Etemad-e Melli* (Nationales Vertrauen), mit der er eine Agenda aus gemäßigter politischer Reform und wirtschaftlich-sozialem Ausgleich verfolgte. Die progressiven Reformer hingegen standen nun am äußersten Rand des politischen Spektrums. Sie hatten mit dem früheren Bildungsminister Mostafa Moin einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der mit einem auf die moderne Mittelschicht und Bildungselite zugeschnittenen Programm allerdings schlecht abgeschnitten hatte.

Einerseits mit der Enttäuschung ihrer Wähler, andererseits der Ausgrenzung durch die Machelite konfrontiert, suchten die Reformer während der ersten Amtszeit von Ahmadinezhad sowohl nach Themen als auch politischen Leitfiguren, um die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung und die Zwistigkeiten im Lager der Prinzipientreuen nutzen und wieder eine stärkere Rolle im politischen Prozess zu spielen. Die nachfolgenden Kommunal- und Parlamentswahlen (2006/08) verdeutlichten ihr Dilemma: Obwohl es den Reformern gelang, einige moderate Vertreter in die Institutionen zu bringen, wurde ein Großteil ihrer Kandidaten im Vorfeld disqualifiziert. Damit wies der Wächterrath ihnen die Alibifunktion einer „tolerierten Opposition“ zu. Durch die Teilnahme an solcherart vorbestimmten Wahlen riskierten sie, die undemokratische Vorselektion zu legitimieren und ihre eigene Glaubwürdigkeit weiter zu untergraben. Andererseits signalisierte die Machtelite um Khamenei, dass ein Wahlboykott gleichbedeutend mit der Ablehnung des Systems und damit ein Schritt in eine politische Grauzone sei.

Aus dieser Zwangslage erwuchs letztendlich die Kandidatur von Mir Hossein Mussavi zu den Präsidentschaftswahlen 2009. Der frühere Premierminister kehrte nach mehr als zwanzigjähriger Abstinenz laut eigenem Bekunden aus „Sorge um die Nation“ auf die politische Bühne zurück. Er hatte das Land mit einer strikt staatszentrierten Wirtschaftspolitik durch die Engpässe der Kriegsjahre geführt und war der Bevölkerung wegen seiner Rationierungsmaßnahmen in Erinnerung geblieben, die extreme Notlagen verhindert hatten. Als Vertreter der Linksislamisten war Mussavi wiederholt mit dem damaligen Präsidenten und späteren Revolutionsführer Khamenei in Konflikt geraten, dabei aber von Khomeini unterstützt worden. Die Verwandlung seiner Fraktionsgenossen zu Reformern sowie ihre Zeit in der Regie-

nung hatte Mussavi nur als Zuschauer verfolgt und sich somit quasi eine revolutionäre Reputation bewahrt. Da seine Führungsqualitäten quer durch die Elite anerkannt waren, erschien Mussavi als ein Kandidat, der auch die Zustimmung gemäßiger Konservativer erhalten könnte. Er hütete sich dementsprechend davor, einem bestimmten Lager zugeordnet zu werden und bezeichnete sich im Gegenteil als „Reformer, der zu den Prinzipien der Revolution zurückkehrt“. Wie Ahmadinezhad plädierte auch Mussavi für soziale Gerechtigkeit, die er jedoch nicht über die bloße Verteilung von Geldern, sondern durch grundlegende Entwicklung realisieren wollte. Er bezichtigte Ahmadinezhad der Verschwendung von Staatsgeldern und kritisierte dessen erratisches Wirtschaftsmanagement. Außerdem holte er Kriegsveteranen, zu denen er aus seiner Zeit als Premier Kontakt hatte, in sein Team und suchte Verbindung zu den Bassij. Ganz klar war Mussavi ein Mann, der die Sorgen der einfachen Bevölkerung glaubhaft ansprechen und Wählergruppen gewinnen konnte, die sich von Khatami und Rafsanjani nicht vertreten fühlten, dafür aber von Ahmadinezhad so geschickt instrumentalisiert worden waren.

Mussavis Wurzeln in Revolution und Kriegsjahren stießen auf Seiten der Reformanhänger zunächst auf Ablehnung. Mussavi versuchte die Ressentiments der modernen Mittelschicht zu beruhigen, indem er eine Abschaffung der unbeliebten Sittenpolizei und die Zulassung privater Fernsehsender in Aussicht stellte. Überwinden konnte er seinen programmatischen Spagat jedoch erst durch die tatkräftige Unterstützung von Khatami und den Reformparteien, die ihre Anhänger und Kommunikationsstrukturen für seine Kampagne mobilisierten. Entscheidend wirkte zudem die aktive Einbeziehung von Mussavis Frau in den Wahlkampf, die als bekennende Feministin und Universitätsprofessorin die Reformwähler mit unverblühten Äußerungen zur Notwendigkeit sozialer und kultureller Freiheiten begeisterte. Letztlich gelang es Mussavi, zwei grundlegende Themen der Revolution – Freiheit und Gerechtigkeit – wirkungsvoll miteinander zu verbinden und eine breite Bevölkerungsschicht anzusprechen. Auf die Eigeninitiative der Wähler setzend propagierte sein Kampagnenteam einen Ansatz, der jeden Iraner zum Wahlkämpfer erklärte („*Har Irani, yek setad*“) und überwand damit erfolgreich den eingeschränkten Zugang zur Öffentlichkeit. In einem hochsymbolischen Akt organisierten Mussavis Anhänger kurz vor der Wahl eine Menschenkette, die vom ärmeren Süden Teherans bis in den wohlhabenden Norden der Stadt reichte. Somit wurde ein weit verzweigtes Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure mobilisiert, das nicht nur unzählige Wähler an die Urnen brachte, sondern auch eine entscheidende Basis für die nach der Wahl ausbrechenden Proteste bilden sollte.⁴¹

41 Ghafouri, Arash: „Setad 88 - Iran's Greatest Campaign in Support of Mir Hossein Mousavi“, in: Michaelsen, Marcus (Hg.), *Election Fallout. Iran's Exiled Journalists on their Struggle for Democratic Change*, Berlin: Hans Schiler Verlag 2011, S. 50-61.

Obwohl mit Mussavi und Karrubi zwei Vertreter des Reformlagers ins Rennen gingen, verständigten sich beide Kandidaten auf einen fairen Wettkampf und setzten darauf, mit der Mobilisierung jeweils unterschiedlicher Wählerschichten Ahmadinezhads Stimmen wegzunehmen. Die Offenheit, mit der beide Kandidaten die Regierung anprangerten, machte vielen Wählern die Bedeutung der vor ihnen liegenden Richtungsentscheidung klar. Die Politikverdrossenheit, die seit dem Scheitern der Reformregierung in der Bevölkerung grassierte, schien gebrochen und Tausende besuchten die Veranstaltungen der Wahlkampagne.

Auf dem „Grünen Pfad der Hoffnung“

Als nur wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale am 12. Juni 2009 der angebliche Sieg Ahmadinezhads verkündet wurde und erste Proteste gegen das Wahlergebnis ausbrachen, teilten die Reformer ganz offensichtlich den Schock der Bevölkerung über das Ausmaß der Manipulation. Drei Tage nach der Wahl fanden sich in Teheran geschätzte drei Millionen Menschen zur größten Demonstration seit der Revolution zusammen.⁴² Beide Reformkandidaten nahmen daran teil. In einer ersten Verlautbarung forderte Mussavi die Bevölkerung zur Fortsetzung friedlicher Proteste auf und warnte vor einer drohenden Diktatur. Er stellte eine Verbindung zwischen der Entrüstung über die „gestohlenen Stimmen“ und den Idealen der Islamischen Revolution her, die es ihm zufolge nunmehr zu verteidigen galt. Auch andere Vertreter der Reformfraktion erkannten das Wahlergebnis nicht an und betonten das Recht der Bevölkerung auf friedliche Demonstrationen.

In den folgenden Monaten waren die Reformpolitiker der Verfolgung durch Justiz und Sicherheitsapparat ausgesetzt. Die Verhaftungen begannen unmittelbar nach der Wahl. Ehemalige Parlamentarier und Mitglieder der Khatami-Regierung wurden von den Hardlinern des Versuchs einer „samtenen Revolution“ bezichtigt und in Schauprozessen vorgeführt. Parteibüros und verbliebene Zeitungen wurden geschlossen, Webseiten gefiltert und ein Verbot der Reformparteien zur Sprache gebracht.⁴³ Viele jüngere Reformaktivisten gingen ins Exil. Mit Zerschlagung der schwachen organisatorischen Strukturen der Reformfraktion waren die Führungsfiguren Mussavi, Karrubi und Khatami zunehmend isoliert. Auch wenn die Hardliner somit dem Ziel, die Reformer aus der politischen Landschaft der Islamischen Republik zu verdrängen, insgesamt näher kamen, gelang es den Reformführern dennoch,

42 Ehsani, Kaveh/Keshavarzian, Arang/Moruzzi, Norma Claire: „Tehran, June 2009“, in: Middle East Report Online vom 28.06.2009.

43 „Gesetzliches Verbot dreier Reformvereinigungen in Iran?“, BBC Persian vom 28.06.2009.

weiterhin Präsenz zu zeigen und Einfluss auf die Entwicklung der Protestbewegung zu nehmen.

Mit regelmäßigen Besuchen bei den Familien von Inhaftierten und Todesopfern der Proteste setzten Khatami, Karrubi und Mussavi deutliche Zeichen der Solidarität. Karrubi engagierte sich hartnäckig für die Aufklärung der Misshandlungen an verhafteten Demonstrationsteilnehmern. Sein unbeirrter Einsatz für Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen und Menschenrechte sorgte für Anerkennung in der Bevölkerung und stellte eine wesentliche Herausforderung an die Machtelite um den Revolutionsführer dar.⁴⁴ Mussavi machte als ehemaliger Premierminister Khomeinis im Laufe des ersten Jahres der Protestbewegung eine beachtliche Entwicklung durch und verkörperte damit die politische Reife, welche viele Vertreter der Revolutionselite erlangt hatten.⁴⁵ Ebenso wie andere Reformvertreter ging Mussavi bald über die Forderung nach einer Annullierung der Wahl hinaus. Bei der allmählichen Erweiterung seiner Agenda betonte er stets seine Treue zur Verfassung, in der er das Potential zur Lösung der systemischen Krise und zur Realisierung gesellschaftlicher Forderungen sah. Als sich die Protestbewegung im Winter 2009 in Reaktion auf die zunehmende Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte zu radikalisieren drohte, lag für Mussavi die Verantwortung klar auf Seiten des Regimes. Um einen Ausweg aus der Konfrontationsspirale zu finden, forderte er eine Freilassung politischer Gefangener, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, eine Reformierung des Wahlrechts und die Gewährleistung grundlegender Bürgerrechte. Auf dieser Basis entwickelte Mussavi im Austausch mit anderen Aktivisten eine Vorstellung von Inhalten und Zielen der Oppositionsbewegung, die er ein Jahr nach der umstrittenen Wahl als „Grüne Charta“ veröffentlichte.

44 Zu Karrubis Aktivitäten im Laufe der Protestbewegung u. a.: „The Sheikh of Reform: Mehdi Karroubi“, Tehran Bureau vom 19.10.2009; „Interview Transcript: Mehdi Karroubi“, Financial Times (Internetausgabe) vom 27.01.2010; „Iran: Why the beating of Karroubis son matters“, Blog Enduring America vom 16.02.2010; „Karrubi und der Plan eines Referendums in Iran“, Saham News vom 22.02.2010.

45 Ein beeindruckendes Dokument dieser politischen Reife liefert eine im Juni 2010 veröffentlichte Erklärung von Mostafa Tajzadeh. Der ehemalige stellvertretende Innenminister Khatamis verweist auf die indirekte Schuld der Reformer und früheren linksislamistischen Revolutionäre an der aktuellen Situation: Indem sie sich im ersten Jahrzehnt nach der Revolution nicht den Hinrichtungen politischer Gegner und der Einschränkung politischer Freiräume widersetzt hätten, hätten die Reformer den Machtgewinn einer radikalen Tendenz aus der Revolutionselite mitzuverantworten. „Tajzadeh: Reformists Should Ask Nation for Forgiveness“, Tehran Bureau vom 15.06.2010.

Mussavis Grüne Charta

In der zum Jahrestag der Wahlen veröffentlichten „Grünen Charta“ fasst Mussavi die bisherige Entwicklung der Protestbewegung zusammen und entwickelt einen ersten grundlegenden Entwurf ihrer Identität und Ziele. Er beanstandet eine grundlegende Abweichung des politischen Systems von den Idealen der Revolution. Die Grüne Bewegung ist für ihn Ausdruck einer graduellen Reformbemühung, welche die Islamische Republik auf den ursprünglich intendierten Weg zurückführen soll. Zugleich sieht er diese Bewegung in einer Linie mit den zentralen historischen Momenten des iranischen Strebens nach nationaler Souveränität, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit: die Konstitutionelle Revolution, die Ölnationalisierung unter Mossadeq und die Islamische Revolution. Die identitären Wurzeln der Grünen Bewegung liegen für Mussavi im iranischen Nationalbewusstsein und im schiitischen Islam, den zwei zentralen Triebkräften auf dem Weg Irans in die Moderne, die im Laufe des 20. Jahrhunderts häufig gegensätzliche Wirkung entfalteten und somit durch die Charta zusammengeführt werden sollen. Nach wie vor sieht Mussavi in der Verfassung der Islamischen Republik die rechtliche Basis für alle Initiativen der Grünen Bewegung, auch wenn er nach einem zuvorgehenden gesamtgesellschaftlichen Prozess der Meinungsbildung die Möglichkeit einer Verfassungsänderung einräumt. Zugleich hebt die Charta Menschenrechte, Gewaltlosigkeit und Pluralismus als grundlegende Werte der Bewegung hervor. Zu den handlungsleitenden Strategien zählt das Dokument vor allem den Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen. Über die Schaffung verschiedener sozialer Netzwerke soll ein gesellschaftlicher Austausch erleichtert sowie das soziale und politische Bewusstsein der Bürger gestärkt werden.*

*, „Die 18. Verlautbarung von Mir Hossein Mussavi und Grüne Charta“, Kalameh vom 15.06.2010.

Mussavis Manifesto bildete im Grunde eine Fortentwicklung der zentralen Ideen der politischen Reformer unter Khatami. Die tatsächliche Bedeutung des Dokuments lag darin, dass hier erstmals Themen und Forderungen, die sich im Laufe der Reformära und der anschließenden autoritären Regression herauskristallisiert hatten, in prägnanter Form zusammengefasst wurden. Ohne Zweifel hatten sowohl das rücksichtslose Vorgehen der Ultrakonservativen als auch der gesellschaftliche Druck eine Akzentuierung der politischen Positionen der Reformakteure gefördert und brachten diese zu Standpunkten, die sie von sich aus kaum eingenommen hätten. Im Laufe des ersten Jahres der Protestbewegung nutzten die Reformführer den ihnen zu Verfügung stehenden (immer enger werdenden) Handlungsspielraum zu einer beständigen Herausforderung der Machtelite. Gleichzeitig stellten sie niemals das System der Islamischen Republik an sich in Frage und hielten damit die Protes-

te innerhalb des Rahmens der politischen Reformbewegung. Mussavi und Karrubi waren nicht bereit, ihre Anhänger um jeden Preis auf die Straßen zu bringen. Hemmend wirkten hier zweifellos die Erfahrungen der Revolutionszeit und die nicht unberechtigte Sorge vor Chaos und gewaltsamen Konflikten, welche zusätzliche Todesopfer zur Folge gehabt und eine vollständige Machtübernahme der Revolutionsgarden hätten provozieren können. Eine direktere Konfrontation des Regimes, die zumindest für einen Flügel der Protestbewegung durchaus in Betracht gekommen wäre, stand nicht in Einklang mit dem Ansatz einer allmählichen Veränderung des Systems von innen heraus, den die Reformpolitiker nach wie vor vertraten.⁴⁶

Die Grüne Charta bildete mit ihren Verweisen auf das symbolische Kapital der iranischen Nationalkultur und Religion sicher eine wichtige identitätsstiftende Anregung für eine politische Bewegung in Richtung Demokratisierung. Für eine zielgerichtete Organisierung der in der Gesellschaft vorhandenen Konfliktbereitschaft reichte sie jedoch nicht aus. Die Charta stellte keine klare ideologische und programmatische Alternative zum bestehenden System heraus. Nach wie vor machten die Reformpolitiker nicht deutlich, ob sie gegebenenfalls auch einen vollständigen Systemwechsel, d.h. eine Abschaffung des *velayat-e faqih* unterstützen würden, sollte eine Mehrheit in der Bevölkerung einen solchen Schritt befürworten. Die Konfliktfähigkeit der Reformer in ihrer Auseinandersetzung mit den strategischen Gruppen der konservativen Machtelite wurde durch fehlende kohärente Strategie, Führung und Organisationsstruktur zusätzlich herabgesetzt. Mit der vollständigen Isolierung von Mussavi und Karrubi ab Anfang 2011 neutralisierte das Regime erfolgreich die Herausforderung durch die Reformer und ihre Anhänger in der Grünen Bewegung.

46 Gerade unter dem Eindruck der Ereignisse in Tunesien und Ägypten wurden von Anhängern der Protestbewegung Vorwürfe geäußert, Mussavi und Karrubi hätten die Demonstranten auf den Straßen halten müssen, um ähnlich wie auf dem Kairoer Tahrir-Platz das Regime öffentlichkeitswirksam und dauerhaft herauszufordern. Die Taktik von Protesten an ausgewählten Tagen hätte dem Regime Zeit verschafft, Repressionen zu organisieren. Vgl.: „Iran Essay Contest (1st Place): The Green Movement – Why Has it Lost... And How It Can Win“, Blog Enduring America vom 30.06.2011.

